

Bankendichte 2011

Laut dem Mitte Juni von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Bankstellenbericht hat sich im Jahr 2011 die Konsolidierung im deutschen Bankensektor gegenüber dem Vorjahr abermals verlangsamt. Im Verlauf des Jahres 2011 sank die Gesamtzahl der Kreditinstitute von 2 093 um 13 auf 2 080 Institute¹⁾ (Tabelle 1). Dies entspricht einem prozentualen Rückgang von 0,6 Prozent der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2011 gegenüber minus 1,6 Prozent im Jahr 2010.

Insgesamt waren 24 Zugänge sowie 37 Abgänge zu verzeichnen, von denen allein 17 (19) auf Fusionen im genossenschaftlichen Sektor zurückzuführen waren (Rückgang um 1,5 Prozent aller Kreditgenossenschaften). Im Bereich der Sparkassen verschmolzen drei (zwei) Institute mit Instituten derselben Bankengruppe. Die Anzahl der Kreditbanken hingegen erhöhte sich im Laufe des Jahres 2011 insgesamt um sechs auf 388 Banken (im Vorjahr Verringerung um 14). Dabei entfielen 16 Zugänge sowie acht Abgänge auf die „Zweigstellen ausländischer Banken und Wertpapierhandelsbanken“. Fünf neuen „Regional- und Wertpapierhandelsbanken“ und sonstigen Kreditbanken“ standen sieben Abgänge gegenüber. Die Gesamtzahl der „Sonstigen Banken“ erhöhte sich um eins auf 130 Institute, wobei die Zahl der Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung um drei auf 49 zunahm, während eine Bürgschaftsbank weniger zu verzeichnen ist. Ein im Vorjahr als E-Geld-Institut ausgewiesenes Unternehmen erscheint nicht mehr in dieser Aufstellung, weil E-Geld-Institute aufgrund der Reform des Zahlungsdienste-Aufsichtsgesetzes seit 1. Mai 2011 als Zahlungsinstitute und nicht mehr als Kreditinstitute anzusehen sind.

Die Anzahl der inländischen Zweigstellen verringerte sich im Jahr 2011 um 464 beziehungsweise 1,2 Prozent auf 37 719 Zweigstellen. Während bei den Großbanken ein Rückgang der Zweigstellen um 120 zu verzeichnen war, war bei den anderen

Kreditbanken insgesamt ein leichter Anstieg um insgesamt 21 Filialen feststellbar. In allen anderen Sektoren des Kreditgewerbes sank die Zahl der Zweigniederlassungen per saldo. Die Verringerung belief sich bei den Sparkassen auf 215, im genossenschaftlichen Sektor auf 108 sowie bei den „Sonstigen Instituten“ auf 34 Zweigstellen. Die öffentlich-rechtlichen Institute verfügen mit 13 273 Filialen weiterhin über die größte Filialzahl (Anteil: 35,2 Prozent). Der genossenschaftliche Sektor unterhält 11 949 Filialen und kommt damit auf einen Anteil von 31,7 Prozent. Auf den Bereich der Kreditbanken entfallen 10 752 Zweigstellen, dies entspricht einem Anteil von 28,5 Prozent. Die Großbanken stellen trotz des Rückgangs in diesem Sektor mit 8 012 Filialen den Löwenanteil.

Die verbleibenden 1 745 (1 779) Zweigstellen verteilen sich auf die sonstigen Kreditinstitute. Besonders die privaten und öffentlichen Bausparkassen verkleinerten ihr Niederlassungsnetz um insgesamt 38 Zweigstellen (Tabelle 2).

Der Trend abnehmender Auslandstätigkeit deutscher Kreditinstitute aller Bankengruppen setzte sich auch 2011 weiter fort. Die Anzahl der im Ausland ansässigen Tochterunternehmen²⁾ deutscher Kreditinstitute verringerte sich um 6,6 Prozent beziehungsweise 20 von 301 im Vorjahr auf nunmehr 281 dieser Beteiligungen. Hingegen blieb die Zahl der Filialen deutscher Kreditinstitute im Ausland im Laufe des vergangenen Jahres mit einem leichten Zuwachs um eine beziehungsweise 0,4 Prozent auf 260 nahezu konstant. Nach wie vor befindet sich der überwiegende Teil der ausländischen Bankstellen in Europa (Tabelle 3).

Fußnoten: ¹⁾ Veränderungen werden als Nettowerte aus Zu- und Abgängen angegeben.
²⁾ Beteiligung an einem ausländischen Kreditinstitut mit mehr als 50 Prozent.

Finanzstabilitätsbericht Juni 2012

Der Gesamtausblick für die Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet stellt aus Sicht der EZB nach wie vor eine große Herausforderung dar. Nach den erheblichen Turbulenzen an den Finanzmärkten gegen Ende 2011 kam es aus Sicht der Notenbank

Tabelle 1: Kreditinstitute in Deutschland

	2008	2009	2010	2011
Kreditbanken	390	396	382	388
Großbanken	5	4	4	4
Regional-, Wertpapierhandelsbanken und sonstige Kreditbanken ^{1) 2) 5)}	214	218	211	209
darunter: Wertpapierhandelsbanken	43	42	33	31
Zweigst. ausl. Banken und Wertpapierhandelsbanken ^{1) 2)}	171	174	167	175
darunter: Zweigstellen ausl. Wertpapierhandelsbanken	66	60	51	59
Öffentlich-rechtlicher Sektor	448	441	439	436
Landesbanken	10	10	10	10
Sparkassen	438	431	429	426
Genossenschaftlicher Sektor	1 201	1 162	1 143	1 126
Genossenschaftliche Zentralbanken	2	2	2	2
Kreditgenossenschaften ³⁾	1 184	1 144	1 125	1 108
Sonstige dem BVR angeschlossene Kreditinstitute ^{3) 4)}	15	16	16	16
Sonstige	130	129	129	130
Realkreditinstitute	19	18	18	18
Banken mit Sonderaufgaben ⁵⁾	19	19	20	20
Private Bausparkassen	15	14	13	13
Öffentliche Bausparkassen ⁶⁾	10	10	10	10
Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung ⁷⁾	45	47	46	49
Wertpapiersammelbanken	1	1	1	1
Bürgschaftsbanken und sonstige Banken	20	20	20	19
E-Geld-Institute ⁸⁾	1	0	1	0
Summe	2 169	2 128	2 093	2 080

¹⁾ Seit 2008 einschl. Wertpapierhandelsbanken beziehungsweise Zweigstellen ausl. Wertpapierhandelsbanken; ²⁾ Nachträgliche Änderung der Zahl der Zweigstellen ausländischer Banken von 2009 wegen Änderungen der Abgrenzungen der statistischen Erfassung, damit Gesamtzahl aller Banken 2 128 anstelle 2 121; ³⁾ Nachträglich zum 1. Januar 2007 hat eine Umgruppierung einzelner Institute von den sonstigen dem BVR angeschlossenen Institute zu Kreditgenossenschaften stattgefunden; ⁴⁾ In der Bankenstatistik in der Gruppe „Kreditgenossenschaften“ enthalten; ⁵⁾ Umgliederung der Bremer Aufbaubank GmbH von Regionalbanken in Banken mit Sonderaufgaben ab 2010; ⁶⁾ In den Bestandszahlen der Gruppe „Öffentliche Bausparkassen“ sind 3 Institute enthalten, die rechtlich unselbständige Abteilungen beziehungsweise Anstalten der jeweiligen Landesbanken sind; ⁷⁾ In der Bankenstatistik nicht erfasste Gruppen; ⁸⁾ E-Geld-Institute unterliegen seit 1. Mai 2011 der Aufsicht nach dem Zahlungsdienste-Aufsichtsgesetz (ZAG) und werden deshalb hier nicht mehr aufgeführt.

Tabelle 2: Inländische Zweigstellen

	2008	2009	2010	2011
Kreditbanken	11 306	10 959	10 851	10 752
Großbanken	8 536	8 213	8 132	8 012
Regional-, Wertpapierhandelsbanken und sonstige Kreditbanken	2 680	2 640	2 604	2 618
darunter: Wertpapierhandelsbanken	24	20	21	23
Zweigst. ausl. Banken und Wertpapierhandelsbanken ¹⁾	90	106	115	122
darunter: Zweigstellen ausl. Wertpapierhandelsbanken	5	3	4	4
Öffentlich-rechtlicher Sektor	13 939	13 741	13 496	13 273
Landesbanken	482	475	471	463
Sparkassen	13 457	13 266	13 025	12 810
Genossenschaftlicher Sektor	12 356	12 155	12 057	11 949
Genossenschaftliche Zentralbanken	12	11	11	11
Kreditgenossenschaften	12 070	11 888	11 830	11 730
Sonstige dem BVR angeschlossene Kreditinstitute ²⁾	274	256	216	208
Sonstige	1 964	2 026	1 779	1 745
Realkreditinstitute	56	65	54	51
Banken mit Sonderaufgaben	31	30	30	29
Private Bausparkassen	1 175	1 223	976	953
Öffentliche Bausparkassen ³⁾	697	701	710	695
Wohnungsunternehmen mit Spareinrichtung	5	7	9	17
Kapitalanlagegesellschaften	0	0	0	0
Wertpapiersammelbanken	0	0	0	0
Bürgschaftsbanken und sonstige Banken	0	0	0	0
E-Geld-Institute	0	0	0	0
Summe ohne Deutsche Postbank AG (bis 2004)	39 565	38 881	38 183	37 719

¹⁾ Außer der in Anlage 1 aufgeführten Zweigstellen (die erste Zweigstelle einer ausländischen Bank im Bundesgebiet wird gem. § 53 Abs. 1 KWG als Kreditinstitut erfasst); ²⁾ In der Bankstellenstatistik in der Gruppe „Kreditgenossenschaften“ enthalten; ³⁾ In den Bestandszahlen der Gruppe „Öffentliche Bausparkassen“ sind 3 Institute enthalten, die rechtlich unselbständige Abteilungen bzw. Anstalten der jeweiligen Landesbanken sind.

Tabelle 3: Zahl der Auslandstöchter nach Bankengruppen

	2008	2009	2010	2011
Kreditbanken	283	255	232	215
Öffentlich-rechtlicher Sektor	68	47	38	37
Genossenschaftlicher Sektor	20	19	17	15
Sonstige	16	17	14	14

Quelle für Tabellen 1 bis 3: Deutsche Bundesbank

im Gefolge entschlossener Maßnahmen des Eurosystems, die mit konzertierten politischen Aktionen in Richtung einer umfassenden Strategie zur Bekämpfung der Ursachen der Krise im Euroraum einhergingen, in den ersten Monaten dieses Jahres zu einer kurzen Atempause. Diese relative Ruhe erwies sich jedoch als trügerisch, denn seit April hat sich ein erneuter Druck aufgebaut.

Die verbliebenen Schwachstellen beim Ausblick für die Finanzstabilität machen aus Sicht der EZB deutlich, dass sowohl die Regierungen als auch die Banken Weiterhin Anstrengungen unternehmen müssen, um die erforderlichen Anpassungen umzusetzen. So müssen insbesondere die Mitgliedstaaten mehr tun, um die Finanzpolitik und den Bankensektor in einer robusten Währungsunion zu stärken. Im Finanzstabilitätsbericht vom Juni 2012 werden drei Hauptrisiken für die Finanzstabilität im Eurogebiet genannt: 1. eine mögliche Zuspitzung der Schuldenkrise in Ländern des Euroraums; 2. Rentabilitätsrisiken der Banken aufgrund eines schwächeren Wirtschaftswachstums und damit verbundene höhere Kreditausfälle und Bewertungsverluste bei Vermögenswerten; 3. ein übertrieben schneller Abbau des Verschuldungsgrads im Bankensektor aufgrund vorgezogener Änderungen des Geschäftsmodells der Banken.

Laut der Notenbank besteht nach wie vor die klare Notwendigkeit, sich auf die Beseitigung der Hauptursachen der Krise zu konzentrieren; eine umfassende Reaktion ist weiterhin von zentraler Bedeutung, um den Kreislauf einer Erhöhung des Systemrisikos entschieden zu beenden. Konkret, so die EZB, ist eine proaktive, rigorose Umsetzung politischer Maßnahmen in fünf Bereichen vonnöten:

Erstens bedarf es auf nationaler Ebene kontinuierlicher Maßnahmen, um sowohl die Haushaltsdisziplin zu gewährleisten als auch Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung voranzutreiben.

Zweitens ist die effektive Nutzung finanzieller Sicherungsmechanismen erforderlich, um der Abwärtsspirale einer sich selbst erfüllenden Dynamik gefährlicher Wechselwirkungen zwischen den Bereichen Staat, Bankensektor und Gesamtwirtschaft Einhalt zu gebieten.

Drittens müssen dauerhafte Änderungen der Bankmodelle die temporäre Unterstützung durch das Eurosystem ergänzen und eine langfristige Refinanzierungssicherheit schaffen, um die Stärkung der Kapitalbasis der europäischen Banken im ersten Halbjahr 2012 zu begleiten.

Viertens sind dauerhafte Fortschritte zum Abbau politischer und wirtschaftlicher Unsicherheiten notwendig, und zwar nicht nur, um Ansteckungsrisiken zu vermeiden, sondern auch um den Märkten eine solide Basis für das Risikomanagement bereitzustellen.

Fünftens müssen Maßnahmen zur Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Überwachung und des Steuerungsrahmens ergriffen werden und dürfen nicht nur aufgrund vorausgehenden Marktdrucks erfolgen; sie sollten eine glaubwürdige Versicherung darstellen, dass sich die Krise, die den Euroraum in den letzten Jahren erschüttert hat, niemals wiederholen darf.

Während diese fünf Bereiche aus Sicht der Notenbank das erforderliche wichtige Fundament darstellen, auf das sich eine tragfähige Währungsunion gründen muss, besteht nun die Notwendigkeit, über diese Bereiche hinauszugehen und eine Bankenunion als integrales Gegengewicht zur Währungsunion zu schaffen. Für die Umsetzung eines solchen Anliegens, so der Bericht, ist Zeit erforderlich, und es könnten auch rechtliche Änderungen vonnöten sein. Sobald sie jedoch geschaffen ist, könnten drei entscheidende Ziele erreicht werden: Erstens eine verstärkte euroraumweite Überwachung des Bankensektors, um die Integration der Finanzmärkte voranzutreiben, makroökonomische Ungleichgewichte zu verringern und damit die reibungslose Durchführung der einheitlichen Geldpolitik zu verbessern. Zweitens eine Aufhebung der Verflechtung von Banken und Staaten, die die Auswirkungen von Finanzmarkturbulenzen erheblich verschärft, unter anderem durch die Schaffung eines europäischen Einlagensicherungssystems und europäischer Strategien zur Krisenbewältigung. Drittens die Minimierung der Risiken für die Steuerzahler durch eine angemessene Beteiligung des Finanzsektors.

Insgesamt hat die Entwicklung der letzten Wochen erneut aufgezeigt, dass die negative Wechselwirkung zwischen den zentra-

len Risiken fortbesteht; dies unterstreicht die Notwendigkeit gemeinsamer und umfassender Beschlüsse der Mitgliedstaaten zur Beendigung der Turbulenzen, die das Euro-Währungsgebiet seit mehr als zwei Jahren belasten.

CCBM-2-Projekt: Umsetzung erst später

Der Rat der Europäischen Zentralbank hat Mitte Juni 2012 seinen Beschluss bekannt gegeben, die Vorbereitungen für das Projekt CCBM-2 (Collateral Central Bank Management) in seiner derzeitigen Form einzustellen. In der Detaillierungsphase des Projekts, so die Begründung, wurden eine Reihe von Herausforderungen im Bereich der Harmonisierung identifiziert, sodass das Eurosystem beschlossen hat, sich dieser Themen zuerst anzunehmen und erst danach die Entwicklung einer gemeinsamen technischen Plattform fortzuführen.

Das derzeitige Korrespondenzzentralbank-Modell (Correspondent Central Banking Model – CCBM) für das grenzüberschreitende Sicherheitenmanagement bleibt unterdessen bestehen. Das Eurosystem will sich in nächster Zeit auf die Umsetzung der bereits angekündigten Erweiterungen im Sicherheitenmanagement konzentrieren, nämlich die Aufhebung des Repatriierungserfordernisses im CCBM-Verfahren und die Unterstützung der grenzüberschreitenden Nutzung von Triparty Collateral Management Services innerhalb des CCBM. Beide Neuerungen sollen im Jahresverlauf 2014 in das Rahmenwerk für das Sicherheitenmanagement des Eurosystems integriert werden. Darüber hinaus will das Eurosystem die Unterstützung der Selbstbesicherungsprozesse in T2S vorbereiten. Außerdem will es die Bewertung und Weiterentwicklung seines Rahmenwerks für das Sicherheitenmanagement sowie der zugehörigen Verfahren fortsetzen und dabei eng mit den Marktteilnehmern zusammenarbeiten, um Kenntnis über die künftigen Anforderungen zu erlangen. In diesem Zusammenhang soll die Harmonisierung im Blickpunkt stehen, wobei zunächst innerhalb des Eurosystems wie auch in Kooperation mit den Märkten umfassende Überlegungen zur Harmonisierung der Verfahren im Bereich des Sicherheitenmanagements angestellt werden sollen.